

Überbeter Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbeter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 622.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 255.

Montag, den 30. Oktober 1916.

23. Jahrg.

Ein schwarzer Tag des Belagerungszustandes.

Eine unerwartete Explosion — das ist der Eindruck von der Sonnabend-Sitzung des Reichstages. Nicht irgend ein vorbereitetes Manöver zum Sturze der Regierung, wie wir es vordem von gewisser Seite eingedelt haben, sondern der spontane Ausdruck des Unwillens, großenteils gewiß jetzt nicht zu Auseinandersetzungen mit der Regierung aufgelegter Leute, die aber ihren Unmut nicht länger zügeln können, daß man sie zwei Jahre hindurch mit Versprechungen über Verbesserungen hingehalten hat ohne in der Sache etwas an den traurigsten und beklagenswertesten Seiten des Belagerungszustandes und der Schughast zu ändern. Seit Beginn dieses Krieges dürfte diese Sitzung wohl die stürmischste und bewegteste des Reichstags gewesen sein.

Wer hätte wohl gedacht, daß derselbe Reichstag, der am Freitag der Regierung anstandslos einen 12-Milliarden-Kredit bewilligt hatte, am Sonnabend sich im Sturm gegen dieselbe Regierung erheben würde? Und sicherlich war zu Beginn der Sitzung, als die in der späten Abendstunde des Freitags bei allgemeiner Interesslosigkeit begonnene Debatte über die Schughast fortgesetzt wurde, kein Anzeichen eines Gewitters zu erblicken. Die Ausführungen der Abgeordneten Waldstein (Vpt.), Kießer (Ntl.) und Koesike (Rom.), die sich meist um den nationalliberalen Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Schughast drehten, waren vorwiegend akademischer Natur. Aber sich veränderte sich das Bild, als Genosse Dittmann (Soz. Arb.) die Rednertribüne betrat. Man muß weit zurückdenken, um sich eines Falles zu erinnern, in dem eine Anklagerede im Reichstag ähnliche Wirkung hervorgerufen hat, der Eindruck des vom Genossen Dittmann mit großer rhetorischer Kunst vorgetragenen Materials über die Schughast wirkte schließlich überwältigend. Das Haus hörte lautes schweigend unter wachsender innerer Erregung zu und den besten Ausdruck der Stimmung geben wohl die Worte des Vizepräsidenten Paasche wieder, der an einige Abgeordnete, die Dittmanns Ausführungen durch Zwischenrufe unterbrachen, die Bitte richtete, doch diese Zwischenrufe zu unterlassen, denn „solche Fälle würden ohnehin allgemein vom ganzen Hause bedauert.“ Wir können in diesem Zusammenhange unmöglich auf das vom Genossen Dittmann vorgebrachte Material eingehen, man kann ein richtiges Bild nur gewinnen, wenn man sie ausführlich im Bericht nachliest.

Nach Dittmanns Worten hatte sich des Hauses eine ungeheure Spannung bemächtigt. Der einzige, der die Situation noch nicht begriff, war der Staatssekretär des Innern und Vizekanzler Dr. Helfferich. Er behauptete, mit dem Material überfallen zu sein, entrüstete sich als deutscher Mann und Patriot, daß in der Öffentlichkeit derartiges besprochen werde und ließ sogar die alten Römer zur Rechtfertigung des Belagerungszustandes aufmarschieren. Seine Worte hatten aber nicht die von ihm erwartete Wirkung. Denn alsbald ergriff Dr. Paasche (Natl.), jetzt als Abgeordneter, das Wort, um seiner tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck zu geben, daß der Vizekanzler keine schweren Worte der Verurteilung über die vorgetragenen Fälle gefunden habe. Herr Dr. Helfferich hatte noch immer nicht begriffen, denn er war „erstaunt“ und zog sich auf die verklaustrierte Erklärung zurück, daß, wenn die Fälle sich bestätigten sollten, die Regierung mit ihrer Mißbilligung nicht zurückhalten würde.

Doch wenn die Erregung einer Steigerung fähig gewesen wäre, so sollte sie sie jetzt erfahren. Denn eine neue Anklagerede zog sich über dem Haupt der Regierung zusammen, vorgelesen von dem Zentrumsführer Hauff. Während Genosse Dittmann vor allem die menschlich verurteilenswerten Seiten in der Durchführung der Untersuchungshaft aufgezeigt und dadurch allgemeines Interesse geweckt hatte, führte der Abg. Hauff besonders schwere Fälle von politischem Mißbrauch an. Auch hier verweisen wir auf den Bericht. Und nun mußte es die Regierung erleben, daß ein Parteiführer nach dem andern seiner Verurteilung und Entrüstung Ausdruck gab. Für das Zentrum tat dies, wenn auch dem Vizekanzler vieles zugehend, aber im allgemeinen unter Anschluß an die Worte Paasches der Abg. Fehrenbach. Für die sozialdemokratische Fraktion hielt Genosse Scheidemann eine kurze wirkungsvolle Rede, in der er darauf hinwies, daß der Belagerungszustand und die Zensur schuld seien, wenn das vorgetragene Material im Hause Staunen erregt habe. Deshalb müsse am Anfang aller Erörterungen die Forderung stehen: Fort mit dem Belagerungszustand! Wenn Herr Helfferich den Genossen Dittmann mit der Erklärung abtun zu können geglaubt hätte, er sei stolz auf Deutschland, so erwiderte Scheidemann: „Sch bin stolz auf das deutsche Volk und auf Leistungen des deutschen Heeres. Aber zum Stolz auf die bürokratischen Staatsmänner liegt kein Anlaß vor, die solche Zustände bewirken.“ Kräftige Worte fand auch der Abg. Müller-Meinungen (Fortchr. Vpt.), der sich bei dieser Gelegenheit als Umlerner bekannte: Er und seine Freunde hätten früher den Belagerungszustand während des Krieges nicht für reformierbar gehalten, aber die jetzigen Zustände hätten sie überzeugt, daß eine gründliche

Reform notwendig sei. — Angesichts der nicht mehr zu steigenden Erregung verzichtete der Pole Seyda darauf, das die politische Bevölkerung betreffende Material über Anwendung der Schughast vorzutragen. Die einzige Partei, die schweig. waren die Konservativen. Für die Betätigung ihres sonst in solchen Situationen obwaltenden Dranges, die Autorität der Regierung nicht leiden zu lassen, schien ihnen wohl Herr Helfferich kein geeignetes Objekt zu sein.

Angesichts dieser unerwarteten Situation sah sich Herr Helfferich nun doch genötigt, am Schluß der Sitzung mehr in das verständliche Fahrwasser umzulenken. Er sprach im Namen der Zivilverwaltung, Oberst Wiesberg im Namen

der Militärverwaltung die feste Absicht aus, nach vorangegangener Untersuchung, die man den angegriffenen Beamten schuldig sei, energisch durchzugreifen und seine Mißbilligung nicht nur bei Worten benennen zu lassen.

Genosse Dittmann stellte fest, daß er die Regierung mit seinem Material keineswegs überfallen habe und forderte die bürgerlichen Parteien auf, ihre gewiß erfreuliche Entrüstung dadurch in die Tat umzusetzen, daß sie dem sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes zustimmen. Ihren sachlichen Abschluß fand die Debatte darin, daß der von dem Reichshaushaltsausschuß vorgeschlagene Gesetzentwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen wurde.

O, du mein Oesterreich!

Von Dr. Paul Lensch, M. d. R.*

Auch im feindlichen Ausland dürfte man sich darüber klar geworden sein, daß mit den Revolvergeschüssen Friedrich Adlers, die dem Leben des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürggh ein Ende setzten, kein politisches Geschäft zu machen ist. Sie sind die Tat eines Geisteskranken, dessen Nervensystem den Strapazen, die der Weltkrieg auch an die Daheimgebliebenen stellt, nicht mehr gewachsen war. Solcher bedauerlicher Kriegsopfer gibt es gar viele, in allen Berufen und in allen Ländern, wenn sich auch glücklicherweise der endgültige Zusammenbruch selten in so graufiger Weise vollzieht wie bei Friedrich Adler. Die Tatsache, daß es sich hier um einen Sozialdemokraten als Täter und um ein politisches Attentat als Endergebnis handelt, erscheint in diesem Zusammenhange gesehen als Zufall. Gerade von seinen politischen Anschauungen aus mußte den Unglücklichen alles von seiner Tat zurückzuziehen, hat doch die Sozialdemokratie von jeher und mit äußerstem Nachdruck die „Politik“ der Attentate abgewiesen und verurteilt.

Trotzdem gibt das Attentat Anlaß, einen Blick zu werfen auf die Politik, für die Graf Stürggh die Verantwortung trug und gegen die sich die Untat formell richtete. Nahezu alle Zeitungen sind sich einig darin, daß der Ermordete fast alle Eigenschaften entbehre, die ihn als Zielpunkt eines politischen Attentats geeignet erscheinen ließen. Er war der typische Vertreter der Fortwärtel-Politik, nicht kalt, nicht warm, ohne geniale Gedanken und große politische Ziele. Bei den Parteien nicht beliebt, aber auch nicht verhaßt, wenn auch ohne Vertrauen und ohne jede Popularität. Wer nicht ein eifriger Zeitungsleser und Politiker war, kannte wohl kaum seinen Namen. Das war der Mann, den Oesterreich in der fürchtbarsten Krise, die dieser Staat in seiner krisenreichen Geschichte je durchzumachen hatte, an seiner Spitze sah. Auch an der Spitze der anderen am Kriege beteiligten Länder stehen nicht gerade überwältigende Genies, immerhin war Graf Stürggh in der Reihe seiner Kollegen die anspruchsvollste Figur. Die Klagen, die über sein Regiment erhoben wurden, waren zunächst die gleichen, wie sie in allen kriegsführenden Ländern mehr oder weniger laut erschallen: mangelnde Lebensmittelfürsorge, überscharfe Zensur der Presse, Verbot der Versammlungen. Speziell in der Beschränkung der Presse schlug der österreichische Zensor sogar seinen französischen Kollegen, und das will wirklich etwas sagen. Aber alle diese Beschwerden, die in den Ländern des Bierverbandes genau so laut werden wie in denen der Zentalmächte, wurden in Oesterreich doch noch viel tiefer empfunden als anderswo, denn hier fehlte das Ventil der Volksvertretung. Seit dem 16. März 1914 ist der österreichische Reichsrat geschlossen, und den immer wiederholten und immer dringender werdenden Vorstellungen der Parteiführer, zu denen sich auch die meisten Mitglieder des Herrenhauses gestellt, hat Graf Stürggh bis zuletzt jedes Gehör verweigert!

Warum tat er das? Die Schwierigkeiten, die dem Zusammentreten des Reichsrats gegenüberstehen, braucht man nicht zu überschätzen. So verlangten die Tischen beispielsweise, daß alle gewählten Abgeordneten auch ihr Mandat ausüben müßten. Diese an sich selbstverständliche Forderung hat nur den kleinen Haken, daß einige tschechische Abgeordnete, wie z. B. Rámarz, wegen Hochverrats verurteilt worden sind. Demgegenüber hat die überwältigende Mehrheit der beiden Häuser des Reichsrats durch ihre Führer zum Ausdruck gebracht, daß sie den Zusammentritt des Parlaments für absolut notwendig hält. Die Arbeitsfähigkeit des Reichsrats wollten die Christlich-Sozialen vorher allerdings gesichert haben, und zwar durch eine oktroyierte Geschäftsordnung, die Standale und Obstruktion unmöglich machen sollte.

Die Notwendigkeit, die Volksvertretung auch in Oesterreich einzuberufen, wurde in den letzten Wochen besonders aktuell, da die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn, der

im nächsten Jahre zu Ende geht, bevorsteht. Das ungarische Parlament hat während des Krieges häufig getagt, aber sein begreiflicher Wunsch, die auswärtige Politik der Doppelmonarchie zu kontrollieren, scheiterte immer wieder an dem Mangel verfassungsmäßiger Zustände in der anderen Reichshälfte. Die Ausprägung über die auswärtige Politik ist nur in den Delegationen möglich, nur dort erscheint Herr Burian, der Lenker dieser Politik, und stellt sich seinen Kritikern. Die Delegationen wiederum können aber nur zusammentreten, wenn sie, wie das Gesetz vorschreibt, jährlich neu gewählt werden. Die österreichische Delegation ist nun im November 1913 zum letzten Male gewählt worden. Die Voraussetzung ihrer Neuwahl wäre der Zusammentritt des Parlaments. So ergab sich die für die Oesterreicher nicht gerade erhebende Situation, daß der Vorkampf für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Parlament zu Budapest geführt wurde, und zwar besonders von der dortigen Unabhängigkeitspartei, die die völlige staatsrechtliche Trennung Ungarns von Oesterreich bestritt.

So blieb Oesterreich der einzige unter allen kriegsbeteiligten Staaten, wo die Volksvertretung nicht berufen wurde. Wir sind weit davon entfernt, Fanatiker des parlamentarischen Wesens zu sein, und wie wenig gerade die Delegationen geeignet sind, den Aufgaben zu entsprechen, zu deren Lösung sie berufen werden, ist bekannt genug. Auch ist es schließlich nur eine ungewollte Selbstkritik des österreichischen Staatswesens, wenn es überhaupt möglich war, selbst in den Zeiten des Weltkrieges mit dem § 14 zu regieren. Es zeigt das, wie wenig doch der Reichsrat für das Leben der „im Reichsrat vereinigten Königreiche und Länder“ bedeutet. Aber trotzdem bleibt es doch dabei, was vor einer Woche eine große jüdische bürgerliche Zeitung schrieb: „Man kann einem Volke, das so behandelt wird, als wäre es stumm und unmündig, nicht zumuten, die Opfer zu bringen, die drei fürchtbare Kriegsjahre von ihm fordern. Man kann die Behörden, die ja auch nur aus Menschen bestehen, nicht der Verschlingung aussetzen, dauernd ohne öffentliche Kontrolle und unter dem Schutze einer unerbittlichen Zensur die Geschäfte zu führen. Man kann nicht den Verdacht groß werden lassen, daß nun verheimlicht werden soll, was Oesterreich fast an den Rand des Abgrundes gebracht hat, und daß es den regierenden Herren vor allen Dingen darum zu tun sei, das System aufrechtzuerhalten, unter dem es dahin gekommen ist. Wäre das wirklich die Absicht des Grafen Stürggh, wollte er den Reichsrat nur deswegen nicht einberufen lassen, um die Feststellungen gewisser Vorkommnisse und Tatsachen auf die lange Bank zu schieben und damit zu verhüten, daß die Wahrheit über Oesterreich zur Kenntnis derjenigen gelange, deren Pflicht und oberstes Interesse es ist, die Wahrheit zu erfahren, so wäre es geradezu eine patriotische Pflicht, das Kabinett Stürggh mit allen gesetzlichen Mitteln zu befeitigen.“

So schrieb am 16. Oktober die „Frankfurter Zeitung“. Heute ist Stürggh ein blasser stummer Mann, und es ist noch die Frage, ob das ungesegnete Mittel, zu dem Adler griff, nicht das Gegenteil dessen erreichen wird, was mit gesetzlichen Mitteln zu erreichen die besten Patrioten Oesterreichs sich bisher abgemüht haben. An Fähigkeit und Widerstandskraft hat das alte Oesterreich, dessen nahes Ende nicht bloß für die Bierverbandsmächte eine unbezweifelte Tatsache war, alle Erwartungen übertroffen. Worauf es jetzt aber ankommt, ist die innere Erneuerung des alten Staatswesens. Niemand wird verkennen, daß der Neuorientierung in Oesterreich noch ganz andere Schwierigkeiten gegenüberstehen als bei uns im Reich, niemand aber auch, daß gerade der Weltkrieg für Oesterreich die Voraussetzung einer Umgestaltung von Grund aus darbietet. Die Hauptquelle all der besonderen österreichischen Schmerzen wurde im Grunde doch aus der Tatsache gespeist, daß dieser nach seiner geographischen Lage nach Südosten orientierte Staat mit dem Rücken gegen die Weltwirtschaft stand. Der Balkan und der nahe Orient waren die Gebilde nicht, aus deren wirtschaftlichem Aufstieg

* Ans. Heft 31, der Sozialistischen Wochenzeitung „Die Glocke“, Berlin 68, Herausgeber Parvus. Jedes Heft 20 Pfg.

Nationalstiftung und Marinestiftung.

Die 17. Kommission des Reichstags hat die Beratung der Vorlage über den Namensschutz der „Nationalstiftung“ und „Marinestiftung“ mit einer Aussprache über die allgemein privaten Kriegsmobilisationsbestrebungen begonnen.

Papier-Wucher?

Die Papierpreise sind enorm gestiegen und die Folge davon war, daß mit dem Papierverbrauch stark gespart wurde.

Man würde dadurch den betreffenden Unternehmungen den Abfluß ihrer Erzeugnisse nur unnötigerweise erschweren, während doch die volle Aufrechterhaltung auch dieser Betriebe zum wirtschaftlichen Durchhalten unbedingt nötig ist.

Als eine Herabsetzung der Preise denken die Papierfabriken allerdings nicht, ihre hohen Dividenden, die nach den jüngst veröffentlichten Bilanzen ganz ansehnlich in die Höhe gingen, wollen sie behalten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 30. Oktober.

Ueber das Herbstland. Einzelne Blätter hängen noch milde und weif an den Bäumen und zwischen den Stämmen schneit ein graues Ungewitter nasse Schleier über die moderne Decke aus Laub.

Der Herbst ist schon wieder im Vergleichen. Ueber das Leuchtende Rot in den Eichen, über die sprühende Bunttheit der Büsche ist ein trübes Grau gezogen.

Dreimal Herbst, dreimal Vergehen und die Schönheit des Vergehens. Zum dritten Male klopft der Winter an die Tür in der Herbstzeit.

Es will sich im nebelumhüllten Lande des Spätherbstes kein Ausblick in helle Fernen öffnen. Auf gelbe Blätter fallen leise Tropfen. Ein Blatt schwebt hernieder ins Graue.

Höchstpreise für Rüben. Aus Berlin wird amtlich mitgeteilt: Die geringe Kartoffelernte und die Störungen der Lieferung der Winterkartoffeln an die Städte haben in letzter Zeit eine un-erhörte Spekulation und Preistreiberie mit den menschlichen Ernährung brauchbaren Wurzelfrüchten veranlaßt.

Die Erhebung über die mit Wurzelfrüchten bestellten Flächen kommt in nächster Zeit zum Abschluß. Erst dann können über die Einnahme des Bezuges der nötigen Mengen an Wurzelfrüchten für die Bedarfsgemeinden Bestimmungen getroffen werden.

In Betracht kommen Kohlrüben (Wurden, Bodenkohlrüben, Störchen), gelbe und weiße Feldmöhren, Stoppelrüben (Wasserrüben). Jede dieser Fruchtarten wird in zahlreichen Sorten angebaut.

Die Erhebung über die mit Wurzelfrüchten bestellten Flächen kommt in nächster Zeit zum Abschluß.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 30. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf vielen Stellen der Front nördlich der Somme lag von uns kräftig erwidertes Artilleriefeuer. Bei einem Angriff aus der Linie Desboeufs-Morval gelang es dem Gegner, seine Einbruchsstellen in unsern vordersten Gräben östlich Desboeufs nach Süden in geringer Ausdehnung zu erweitern.

Auf dem Südrfer der Somme wurde das Gehöft La Maisonnette und die sich von dort an nach Westen anschließenden französischen Stellungen im frühen Angriff durch das aus Berlin und Brandenburgern bestehende Infanterie-Regiment Nr. 359 gestürmt, dem die durch Beobachtungsflieger vortrefflich unterstützte Artillerie wirkungsvoll vorgearbeitet hatte.

Heeresgruppe Kronprinz.

An der Ostfront von Verdun hält der Geschützkampf an.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Ein russischer Massensturm, mit starkem Munitionseinsatz vorbereitet, brach bei Pustomytj und bald darauf auch östlich von Szelowo gegen unsere Stellungen vor.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Waldkarpaten und dem südlich anschließenden ungarisch-rumänischen Grenzgebirge herrschte, abgesehen von Patrouillenaktivität bei regnerischem Wetter Ruhe. Südöstlich des Roten-Turm-Passes wurden Erfolge Hannoveraner und medienburgischer Jäger erweitert, mehrere jäh verteidigte rumänische Höhenstellungen im Sturm genommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Nord-Dobrudscha stehen unsere verfolgenden Abteilungen in Fühlung mit russischer Infanterie und Kavallerie.

Mazedonische Front.

Nach starker Artillerievorbereitung griffen gestern mehrmals jerbische und französische Truppen an der Cerna zunächst im schmalen, dann in breiterem Abschnitt die deutsch-bulgarischen Stellungen an.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

gehabt, dienen auch im Frieden nur zur menschlichen Nahrung und haben demgemäß auch im Frieden wesentlich höhere Preise als höhere Sorten, die in größeren Mengen fehmäßig angebaut, nur zum kleinen Teil zur menschlichen Ernährung und überwiegend zur Viehfütterung benutzt werden.

Über „Heutige Ernährungsfragen“ wird heute am Montag, dem 30. Oktober abends im Gewerkschaftshause Herr Sanitätsrat Dr. Streckler sprechen, worauf hier noch einmal hingewiesen sei.

Einschränkung des Personenverkehrs. In den Herbstmonaten drängt sich der Güterverkehr auf den Eisenbahnen am stärksten. Während des Krieges macht die Bewältigung dieses starken Herbstverkehrs größere Schwierigkeiten, als in Friedenszeiten.

Die Kriegsbrotensammlung Lübeck bittet alle, die bereit sind, ihr durch persönliche Hilfe und Mitarbeit zur Seite zu stehen, sich im Hause Königstraße Nr. 13 melden zu wollen.

Der Lübecker Landesausschuß für Kriegsverletzte leistet heute Quittung über die ihm bisher zugegangenen freiwilligen Beiträge. Er verbindet mit seinem Rechenschaftsbericht die dringende Bitte, ihm auch in der kommenden Woche rege Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Die Heimreise des Nationalen Frauendienstes wird von Montag, den 30. Oktober, an wochentags von 5-8 Uhr geöffnet sein.

Der theatralische Abend, den die hiesige Verwaltungsstelle des Transportarbeiterverbandes gestern abend im Gewerkschaftshaus veranstaltete, erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuchs.

Stadttheater. Das Lübecker Stadttheater rüstet sich zu einer Freier, dem Gedenken des Mannes gewidmet, dessen Schaffen und Wirken es vor allen Dingen zu danken ist, den Stand der Bühnensinfiker zur heutigen sozialen Höhe emporgehoben zu sehen.

pb. Steckbriefling. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Gunow, der seitens der Amtsanwaltschaft in Ahrensböck wegen mehrerer Vergehen steckbrieflich verfolgt wurde.

pb. Gestohlene Treibriemen. In der Nacht zum Sonntag, dem 29. d. Mts., sind aus einer Fabrik in der Moislinger Allee 4 Treibriemen folgender Länge und Stärke gestohlen worden:

Entin. Verschiebung der Statverordnetenwahl. Nach einem Beschluß der Statverordneten-Sitzung soll der Magistrat ersucht werden, bei der Großherzoglichen Regierung anzufordern, daß die Neuwahlen zur Statverordnetenversammlung auf zwei Jahre hinausgeschoben werden.

Malenic. Gemeinderatswahl. Die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl liegen vom 27. Oktober bis zum 9. November einschließlich im Geschäftszimmer des Gemeindevorstehers zu jedermanns Einsicht öffentlich aus zur Einbringung von Einwendungen.

Sungfeld (Fürstentum Lübeck). Raubanfall. Von einem ruflosen Burichen wurde überfallen und beraubt die Tochter eines Amtsvorstehers aus der Umgegend.

Hamburg. Entscheidungen des Hamburger Preisengerichts. Das Preisengericht zu Hamburg hat der Reedererei des zu Unrecht verurteilten norwegischen Dampfers „Trudvang“ einen Schadenerlass in Höhe von 515 414 Mark 45 Pfg. nebst Verzinsung vom Tage der Vernichtung mit 4 Prozent zugesprochen.

Sarburg. Ein schreckliches Brandunglück ereignete sich Freitag mittag in der Hofen Straße. Eine dort wohnende Kriegermittwe war auf ihrer Arbeitsstelle und drei ihrer Kinder befanden sich in der Schule.

Theater und Musik.

Stadttheater. Mona Lisa, Oper in zwei Akten von Schillings. Der von Beatrice Dovsky geschaffene Text dieser Oper ist reichlich fäulerlich. Die Handlung spielt in Florenz im Jahre 1492.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung.

Die Fürsorge für die Kriegsverletzten

ist eine Dankspflicht der Daheimgebliebenen, insbesondere eine Pflicht derer, denen durch die Tapferkeit unserer Soldaten eine ungehörte Fortsetzung ihrer Erwerbstätigkeit möglich ist. Der Lübecker Landes-Ausschuß für Kriegsverletzte ist berufen, in Ergänzung der militärischen Heil- und Rentenfürsorge, den Kriegsverletzten jede nur mögliche soziale Fürsorge zuzuwenden. Diese Fürsorge darf nicht durch Mangel an Mitteln behindert werden. Daher ergeht aufs neue die Bitte:

Helft der Kriegsverletzten-Fürsorge!

Beiträge nehmen alle Banken und Sparkassen, die Geschäftsstelle des Lübecker Landes-Ausschusses für Kriegsverletzte, Parade 1, sowie alle Mitglieder des Ausschusses entgegen.

Lübeck, Oktober 1916.

Lübecker Landes-Ausschuß für Kriegsverletzte.

Senator Dr. Vermehren, Vorsitzender.
 Profurist Umbrosius, Geheimrat Dielefeldt, Fabrikant Bernhard Dräger, Kassierer Heinr. Ehlers, Senator Heinr. Evers, Dr. med. Hartmann,
 Arbeitsnachweisverwalter Jürgens, Rat Dr. Lint, Arbeitersekretär Mehrlein, Generaldirektor Dr. Neumark, Medizinalrat Dr. Nibel,
 Professor Dr. med. Roth, Maurermeister Wandke. (5858)

In weiteren Beiträgen sind eingegangen:

Anna Börner 50 M., S. Böttcher 5 M., A. Bohnsack 20 M., N. Bohl 10 M., Emma Dahl 30 M., Emil Daniels 50 M., Kaufmann Ernst Deede 50 M., Frau Major Drens 300 M., Frau Ellerbrock 95 M., Frau Dr. Gilbert 10 M., Hagemann 10 M., Dr. Hartwig 10 M., W. Hauptmann 100 M., Johs. Heymann 2 M., Fräulein Sidde 20 M., Hochsienwerf Lübeck 150 M., Wilhelm v. Robbe, Gutin 100 M., Frau C. Kraushaar 100 M., Bürgermeister Dr. Langenbeim 500 M., Reaierungsrat Dr. Linde 20 M., Frä. Martha Lüders 100 M., Frä. Paula Lüders 100 M., W. J. Madagaskar 100 M., Frau Wadburg 10 M., Frä. Mannweiler 10 M., Privatmann Robs. Meyer 100 M., Frau Julius Meyer 12 M., Frau Müller-Kolentanz 5 M., Karl Müller 100 M., Frau Dr. Nölting 5 M., Oberleutnant Kurt Pleßing 10 M., Fr. Ramendahl 2 M., Senator Rabe 400 M., Alb. Schmitz 5 M., Frau Magda Schmitz 10 M., Johs. Schwabroch 300 M., Robs. Schwabroch 50 M., Dr. med. Spieß 10 M., Paul Weltmer 50 M., W. U. C. Wessel 30 M., W. U. C. Wessel 20 M., derf. 20 M., derf. 20 M., derf. 20 M., derf. 20 M.,

derf. 20 M., derf. 20 M., Frau Westphal 3 M., Wohlers 3 M., Ertrag der Sammlungen in der Regidienkirche 8,30 M., desgl. 17,84 M., desgl. 5,20 M., Ertrag des Dombekens b. d. Kriegsbande durch Herrn Pastor Linde 12,55 M., Ertrag der Sammlungen in der Dombkirche 21,59 M., desgl. 8,49 M., Ertrag der Sammlungen in der Jakobikirche 21,04 M., desgl. 20,64 M., Ertrag der Sammlungen in der St.-Jürgen-Kapelle 100 M., Ertrag der Sammlungen in der Marienkirche 45 1/2 M., Ertrag der Orgelkonzerte in St. Marien 167,90 M., desgl. 27,39 M., desgl. 22,06 M., desgl. 14,51 M., Ertrag der Sammlungen in der Petruskirche 15 20 M., desgl. 5,20 M., desgl. 6,62 M., Ertrag aus e. Wohltätigkeitskonz. Travem. 550 M., Off. Arbeitsnachweis für Frauen u. Mädchen 5 M., Überschub aus der Ausstellung durch Herrn Wieder 20 65 M., Vant für Handel und Gewerbe 200 M., Beamte des Zollamtes 71 M., Beamte des Lübecker Hauptollamtes 32 M., Groß. Landeskasse im Fürstentum Lübeck 300 M., Kreditbank des Fürstentums Lübeck 50 M., Kirchenkollekte 604,84 M., Karitativverein in St. Jürgen 50 M., Kriegshilfe Telegraphenamt 20 M., eine Lübecker Lehrerin 10 M.,

Landw. Verein Lübeck 100 M., 1. St.-Lorenschule 72 M., durch Herrn Hauptpastor Lütke 5 M., von Großheimische Realschule 222 M., ein norwegischer Kapitän 5 M., Sammlung in der Jakobikirche 53,87 M., Rechtsauskunftsstelle 238,73 M., Invalidenbank 154 40 M., Mädchen-Abteilung der Lübecker Turnerschaft 41 M., Sammlung in der Ref. Kirche 39 M., Weihnachtsammlung 20 M., Rechtsauskunftsstelle 27 M., G. B. 10 M., W. B. 5 M., G. F. 5 M., G. K. 4 M., J. K. 5 M., Wwe. L. 3 M., W. M. 10 M., Ungenannt 5 M., Ungenannt 0,50 M., Ungenannt 20 M., Ungenannt 3 M., Ungenannt 3 M., Ungenannt 3 M., Erlös aus verkauften Schriften 65,15 M.

Zusammen 8 345,77 Mf.
 Endsumme der früheren Veröffentlichungen:
 27 383,71 Mf.

Für alle Gaben wird herzlich gedankt, mit der dringenden Bitte, die Fürsorge für die Kriegsverletzten durch weitere reichliche Gaben zu fördern.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf der vom Kommunalverband Lübeck unter Verwendung von Weizenmehl hergestellten Wurst.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 bestimmt das Polizeiamt: Der Verkauf der vom Kommunalverband Lübeck unter Verwendung von Weizenmehl hergestellten Wurst findet statt:

In der Woche vom 30. Oktober bis 4. November 1916 für folgende Bezirke:

- | | |
|----------|----------------------------|
| Bezirk 1 | Jakobi-Quartier |
| 2 | Marien-Magdalenen-Quartier |
| 7 | St. Lorenz-Quartier I |
| 8 | " " " II |
| 9 | " " " III |
| 10 | " " " IV |
| 11 | " " " V |
| 18 | Moisling-Genin |

In der Woche vom 5. bis 12. November 1916 für folgende Bezirke:

- | | |
|----------|-----------------------|
| Bezirk 3 | Marien-Quartier |
| 4 | Johannis-Quartier |
| 5 | St. Jürgen-Quartier I |
| 6 | " " " II |
| 12 | Gertrud-Quartier I |
| 13 | " " " II |
| 14 | Travemünde |
| 15 | Rüdnig-Verrennung |
| 16 | Schlutw |
| 17 | Siems-Dänischburg. |

Der Verkauf erfolgt auf das Lebensmittelbuch und zwar auf den Berechtigungschein A.

Für jede Person dürfen nicht mehr als 125 Gramm Wurst verabfolgt und entnommen werden.

Die Inhaber der Lebensmittelbücher haben in dem Kopf des Berechtigungscheines A das Wort „Streichwurst“ einzufügen, so daß die Überschrift lautet: „Berechtigungschein zum Bezuge von Streichwurst“.

Bei der Entnahme der Wurst hat der Verkäufer den Abschnitt A I abzutrennen, aufzubewahren und sofortens bis zum 2. November 1916 an die Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 63, I einzuweisen.

Zwischenhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden auf Grund des § 14 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 25. Oktober 1916. (5848)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 wird hiermit angeordnet:

Der Abschnitt I der Eierkarte hat bis zum 11. November 1916 Gültigkeit, es dürfen auf ihn in dieser Zeit nicht mehr als 2 Eier abgegeben und entnommen werden. Der Abschnitt darf nur von dem Verkäufer abgetrennt werden. Die Vorschriften des § 3 der weiteren Verordnung, betreffend den Verkehr mit Eiern vom 5. Oktober 1916 in ihrer Gesamtheit, werden befristet.

Lübeck, den 25. Oktober 1916. (5847)

Das Polizeiamt.

Gesucht zu Dien 1917 ein

Lehrling.

H. Puchhammer, Schneidermeister, 233 Capistranstraße 78.

Keimkübe des Kaiserlichen

Telegraphenamt 17

Wochentags von 5 bis 8 Uhr.

Zu kaufen gesucht (5849)

Handschuhe, Handschuhe, Gürtel, Kapsel, Zehner, Hülse- und Schweißerei

in Lübeck gesucht.

Karl Schmidt, Wulfsbühl 25.

Telephon 250.

Geschäftsstelle: Colosseum, Fernsprecher 8922.

Die vom Kgl. preussischen Kriegs-Ministerium und dem Reichsmarineamt durch Vermittlung des Zentral-Komitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellte

Kriegs-Ausstellung

enthält zahlreiche Kriegsbeutestücke (Fahrzeuge, Geschütze, Stallsachen, Gewehre, Munition, Maschinen-gewehre, Geschütze und Zubehör, Bekleidungsstücke, Ausrüstungsgegenstände, Handwaffen, Hieb- und Stoßwaffen, Luftfahrzeuge, Fernsprecher, Musikinstrumente, Drucksachen, Bücher, Kriegsbilder und vieles mehr.)

Sonder-Ausstellungen: Erinnerungstücker an die Stageratschlacht, Kriegsabteilung des Reichspostmuseums, Gruppe des Vereins für Sanitätshunde, Gruppen plastischer Darstellungen feindlicher Krieger, Lübecker Kriegs-Bilder, Historische Abteilung von 1813, 1864, 1866 und 1870-71, Orthopädische Abteilung, Photographische Kriegsbilder-Abteilung, Osmanische Abteilung, Drucksachen-Abteilung.

Die Eröffnung der Ausstellung

findet am Mittwoch, dem 1. November, nachmittags 6 Uhr statt. Die Ausstellung bleibt an diesem Tage bis 10 Uhr abends geöffnet.

Am Eröffnungstage:

Großes Militär-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des Ersatz-Bataillons Regiments Lübeck unter Leitung des Herrn Musikmeister Bockel.

Eintrittspreis am Eröffnungstage: 1 M. Soldaten und Kinder 0,50 M. Vorverkauf der Eintrittskarten in d. Hauptgeschäftsstelle im Colosseum und der Geschäftsstelle des Verkehrs-Vereins, Wengstraße 4.

Von Donnerstag, 2. November, ab ist die Ausstellung täglich von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Eintrittspreis: 50 M. Soldaten und Kinder 25 M. Katalog mit vielen Tafelbildern und Erläuterungen 50 M. Die Beaufsichtigung haben freundlich Mitglieder des Landeskrieger-Verbandes übernommen.

Der gesamte Reinertrag ist dem Roten Kreuz gewidmet. Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Lübecker Landesverein vom Roten Kreuz
 Abteilung: Kriegs-Ausstellung.
 P. Hinckeldeyn, Vorsitzender. W. Dahms, G. Glasau, J. Heise, J. Rehder, Heinr. Sievers. (5846)

Deutscher Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Lübeck.

Am 25. Oktober starb unser Mitglied, der Hafenarbeiter

H. Fick.

Seine ruhmreichen Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 31. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle Vorwerk aus statt. Die Kollegen versammeln sich um 2 1/2 Uhr im „Weißen Hirsch“.

Um zahlreichste Beteiligung wird ersucht.

Als weiteres Kriegsoffer sei unser Kollege, der Hafenarbeiter

Fritz Petersen.

Seine ruhmreichen Andenken! (5852) Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlschle Lübeck.

Nachruf.

Als weitere Opfer des grausamen Weltkrieges seien unsere Kollegen, der Maschinenarbeiter

Wilhelm Kibbel

und der Tischler

Otto Vollbrecht.

Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.

(5851) Die Lokalverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Als weitere Opfer des Weltkrieges seien unsere Genossen

Artur Rout

und

Fritz Petersen.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

(5854) Der Vorstand.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten bei unserer Silberhochzeit sagen wir unsern besten Dank.

Herm. Kaehler

und Frau. (5861)

Danksagung.

Für die große Beteiligung und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sprechen wir hiermit allen, die uns ihre Teilnahme erwiesen, unsern herzlichsten Dank aus. (5849)

Dorothea Wahls

geb. Schmaal u. Kinder.

Lübeck, Oktober 1916.

Akademischer Unterricht in der Damenschneiderei von Frau K. Baisch, Johannisstr. 26

Musterzeichnen u. Zuschneiden sämtl. Damen- u. Kindergarderob. Beginn des Abendkurses am 1. November, woran sich noch einige Damen beteiligen können. (5860)

Drucksachen aller Art Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

es, daß zur Errichtung von Fabriken, die nach diesem Verfahren arbeiten, 12 Millionen Mark bewilligt worden sind, ohne daß der Reichstag, ja nicht einmal der Beirat gefragt worden sei. — Der Preis für 4 Gramm Saccharin sei nur 8 Pfg. festgesetzt worden, während der Herstellungspreis nur 70 Pfg. betrage. Der Ueberfluß soll für Zwecke der Volksernährung verwendet werden. Nichtig wäre es, wenn Saccharin billiger abgegeben werde, da gegenwärtig weite Kreise gerade der ärmeren Bevölkerung zum Gebrauch von Saccharin gezwungen seien und demgemäß durch den hohen Preis belastet werden. Wieviel sei der Reichsregierung diese Weise zugestanden und welchen Preis bekommen die Fabriken? Werde ihnen nicht ein viel zu hoher Gewinn ermöglicht?

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Bato di: Zucker soll für Einmachszwecke nachgeliefert werden. In der nächsten Woche werde der Preis hierfür festgelegt. Nur eine ganz geringe Menge Melasse könne in diesem Jahre für das Delbrück'sche Verfahren zur Verfügung gestellt werden. Das abfallige Urteil über das Verfahren sei nicht als berechtigt erwiesen. Das Geld für die Fabriken sei nicht nutzlos ausgegeben, da die Fabriken uns jetzt andere, sehr wertvolle Dienste leisten. Der Preis für Saccharin sei bereits vor der Errichtung des Kriegsernährungsamtes festgesetzt worden. Ein zu niedriger Preis sei nicht zweckmäßig, da davon zuviel Saccharin verbraucht werden würde. Der Ueberfluß, der bei dem Verkauf von Saccharin erzielt werde, sei in der Tat verwendet worden, um andere wichtige Nahrungsmittel, die teurer seien, etwas billiger abzugeben.

Ein Vertreter des Kriegsernährungsamtes legte eingehend die Bemühungen dar, durch die die Reichsregierung die Schwindbeleidigungen mit den sogenannten Ersatzmitteln bekämpfe. Eingehende Untersuchungen werden zu diesem Zweck durchgeführt und ein sorgfältig vorbereiteter Plan werde beraten. Vorgeschlagen sei u. a. eine Zentralstelle, die jedes Ersatzmittel und seinen Preis zu prüfen habe und ohne ausdrückliche Genehmigung kein Ersatzmittel verkauft werden dürfe. Dies erschiene aber unüberwindlich. Besser sei es zu empfehlen, daß für alle Ersatzmittel die Angelegenheit festgelegt werde, daß aber die Prüfung der Ware und ihres Preises den Bundesstaaten zugewiesen werde. Aber auch dieses Verfahren müsse erst noch gründlich geprüft werden. Zu wünschen wäre aber auch, daß schon jetzt die örtlichen Polizeibehörden sich der Angelegenheit annehmen und gegen offensichtlichen Schwind mit allem Nachdruck eintreten.

Abg. David John fragt an, ob die Zuckermenge, welche als Zusatz zum Wein den Wintern bewilligt worden ist, bereits aufgebraucht sei. — Ministerialdirektor Braun antwortete, daß den Wintern bereits 70 000 Doppelzentner aus der Zuckerrente des vergangenen Jahres zugestellt seien. Aus der Ernte dieses Jahres sei den Wintern wiederum eine gleiche Menge zugestimmt worden. Jedoch werde beabsichtigt, auch für Obstwein im Herbst 1917 weitere Mengen Zucker zu verwenden, jedoch, wenn es möglich sein sollte, die Menge aus der diesjährigen Ernte sich auf 100 000 Doppelzentner erhöhen zu lassen.

Abg. Götthel schloß sich den Ausführungen des Abg. Wurm an. — Abg. Keintz erklärte sich nicht befriedigt durch die Antwort, die Ministerialdirektor Braun am Mittwoch in bezug auf die Geschäftsführung des Kriegsauslasses für Kaffee gab. Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Bato di: Er sei noch nicht dazu gekommen, selbst die Beschwerden über die Geschäftsführung des Kriegsauslasses für Kaffee zu prüfen; er werde aber, sobald es seine Zeit irgendwie zulasse, an diese Arbeit herantreten. Derjenige Geschäftsführer, dessen Tätigkeit am meisten angegriffen worden sei, sei zum Militär eingezogen.

Damit war diese Aussprache beendet und der Ausschuß wandte sich der Frage der Versorgung mit Kartoffeln zu. Abg. v. Westarp gab als Berichterstatter einen Ueberblick über die Verhältnisse in der Kartoffelversorgung. Es herrsche hier eine große Erregung. Wünschenswert wäre, daß diese Ueberwinden werde. Bei ruhiger Betrachtung erscheinen die Schwierigkeiten nicht bejournisierend, wenn sie uns auch veranlassen müssen, alles zu tun, um die Lage der großen Masse der Bevölkerung möglichst zu erleichtern. Der Vorsitzende der Reichskartoffelstelle Peters beantwortete eine Menge Fragen, die in bezug auf die Kartoffelversorgung gestellt wurden. Er stellte ausdrücklich fest, daß die Kartoffelpreise so, wie sie festgelegt worden sind, unter allen Umständen beibehalten werden. Die Wünsche der Händler, mehr an dem Kartoffelhandel beteiligt zu werden, konnten nicht verwirklicht werden. Er wies nach, daß die Wünsche, diesen Wünschen Rechnung zu tragen, gescheitert seien und hob besonders hervor, daß die Gemeinden auch im Winter zu passender Zeit Kartoffeln herbeischaffen müßten. Das sei in jedem Jahre geschehen und sei auch, wenn es mit der nötigen Vorsicht erfolge, durchaus unbedenklich.

v. Bato di teilt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Böhme mit, daß die Enteignung der Kartoffeln bisher nur in verschwindend wenigen Fällen nötig war. In der Regel genügte durchaus die Drohung mit der Enteignung und die Erkenntnis, daß die Behörden in der Tat zur Enteignung schreiten würden, wenn die nötigen Zusuhren nicht erfolgen. Festgestellt müsse werden, daß die Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung nicht nur durch ungenügende Zufuhr der Kartoffeln an die Bahn hervorgerufen werden, sondern wo sich noch Mangel zeigt, sei dies meist darauf zurückzuführen, daß die Bahn nicht die Sendungen bewältigen könne.

Abg. Görtz (Soz.) wies darauf hin, daß eine allgemeine Unruhe in bezug auf die Kartoffelversorgung in der Tat bestünde und berechtigt sei. Hierbei handele es sich nicht nur um die zeitliche Zufuhr der Kartoffeln, sondern auch darum, daß der Bevölkerung die unbedingt notwendige Menge von Kartoffeln zugeführt werde. Er bitte, daß recht schnell die Behörden den Bestand an Kartoffeln feststellen und hoffe, daß den Haushaltungen eine größere Menge zugewiesen werde. Ganz besonders herrsche in den Bezirken, in denen die Arbeiter überaus schwer arbeiten müssen, so im Westen in den Bergwerksbezirken, große Unruhe darüber, daß nicht genügend Kartoffeln herbeigeschaffen werden. Wenn auch nach der neuesten Regelung für die am schwersten Arbeitenden 2 Pfund Kartoffeln für den Tag geliefert werden, so müsse man bedenken, daß auch diese Menge nicht ausreiche, da ja jetzt der Kartoffelverbrauch in jeder Haushaltung viel größer sein muß als es früher der Fall war. Er wünscht dringend, daß für alle Kreise der arbeitenden Bevölkerung die Kartoffelmengen beträchtlich erhöht werde. Auch er warnte sehr mit Rücksicht auf die Forderungen der Kartoffelhändler, die Regelung in der Verteilung zu durchbrechen. Hier dürfe unter keinen Umständen eine Steigerung eintreten. Ebenso könne keine Rede davon sein, daß die Preise gar erhöht würden. Es steht fest, daß im Beirat er und seine Freunde entschieden den jetzt festgelegten Kartoffelpreis auf zu hoch bekämpfen haben. Auch heute noch sei er der Meinung, daß der Kartoffelpreis zu hoch sei und möglichst bald allmählich herabgesetzt werden müsse.

Abg. Hoff verweist auf die Bemerkung Westarps, daß auch in der Frage der Versorgung mit Kartoffeln ruhige Ueberlegung notwendig sei. Das sei durchaus berechtigt, darf uns aber nicht veranlassen, den Ernst der Lage zu verkennen. Es sei damit zu rechnen, daß es hier und dort an Kartoffeln fehlen könnte; deshalb müsse schon jetzt für genügende Ersatzstoffe gesorgt werden. Diese seien aufzubringen, wenn bei Zeiten die nötigen Vorkehrungen getroffen werden.

Abg. Giesberts wünschte auch eine Erhöhung der Kartoffelmengen. Er forderte die Behörden auf, sorgfältig darüber zu wachen, daß die Höchstpreise nicht umgangen werden. Abg. Hoff teilt mit, daß der Verband deutscher Kartoffelinteressenten eine längere Eingabe dem Ausschusse zugestanden und darin seine Wünsche dargelegt habe. Gefordert werde die Anstellung der Kommissionäre für den Verkauf der Kartoffeln auf Grund einer Vorzugsliste, und für diese Liste nur anerkannte Kartoffelhändler und landwirtschaftliche Genossenschaften zu berücksichtigen. Damit der Landwirt den Ueberfluß über die Kartoffelbeschaffung behält, müßten die Kommissionäre verpflichtet werden, ihren Einkauf innerhalb 24 Stunden nach erfolgtem Abschluß bei den zuständigen Kommandanten anzumelden. Der Kommissionär hätte dann den Verfügungen des zuständigen Landrats oder des sonstigen Vertreters eines Kommandanten zu folgen zu leisten.

Folge zu leisten. Von großem Vorteil wäre es, wenn den jugendlichen Kommissionären innerhalb der Provinz, in der sie wohnen, Freizügigkeit gewährt werde. Diese Wünsche der Kartoffelhändler scheinen aber nach den bisherigen Darlegungen nicht durchführbar zu sein, wenn nicht die Kartoffelverfugung schwer geschädigt werden sollte. Mit Rücksicht darauf, daß die Städte auch im Winter Kartoffeln herbeischaffen müssen, sei unbedingt darauf zu achten, daß nicht für andere Bezirke Kartoffeln aus den den Großstädten benachbarten Ortschaften weggenommen werden. Je näher die Stelle ist, von denen die Großstädte im Winter ihre Kartoffeln beziehen können, um so leichter kann die Versorgung im Winter vor sich gehen.

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Bato di stellt fest, daß nach solchen eingegangenen Nachrichten die Eisenbahn am Donnerstag über 5900 Wagen gestellt hat. Das sei die größte Zahl, die bisher erreicht wurde. Es sei daher anzunehmen, daß auch weiterhin die Eisenbahn ihre Leistungen soweit erhöht, wie es für eine gute Versorgung notwendig ist. So sehr eine genaue Feststellung der zur Verfügung stehenden Kartoffelmengen zu wünschen sei, so müsse doch davor gewarnt werden, die Behörden zu sehr mit statistischen Arbeiten zu überlasten. Wenn darauf nicht geachtet werde, würden falsche Zahlen beigebracht, und das sei schädlicher als wenn gar keine Erhebung vorgenommen worden wäre. Dem Wünsche der Kartoffelhändler sei Rechnung getragen, soweit es möglich war. Weiter konnte man nicht gehen. Für die großen Städte solle auch dadurch gesorgt werden, daß die Kartoffeln in den am nächsten gelegenen Ortschaften für den Winter belassen werden; nur dann soll davon abgesehen werden, wenn das unbedingt durch einen besonderen Notstand erforderlich wird.

Abg. Wurm trat ebenfalls besonders eindringlich dafür ein, daß der arbeitenden Bevölkerung eine größere Kartoffelmengen zugewiesen werde. Unter allen Umständen aber dürfe der Landbevölkerung keine größere Menge zugewiesen werden als den Städten. Jetzt bekämen die Städte dieselbe nur ein Pfund pro Kopf, während die Landbevölkerung 1 1/2 Pfund erhalte. Ueberdies hat in Wahrheit die Stadt gar nicht ein Pfund auf den Kopf der Bevölkerung, denn mindestens ein Küffel geht als Verlust durch Sand, Schmutz und schlechte Kartoffeln. Ganz entschieden müsse er sich dagegen wenden, daß den Landwirten zugestanden werde, die anfällig gewordenen Kartoffeln in der eigenen Wirtschaft zu verbrauchen oder zu trocknen, ohne Genehmigung der L. R. Dies würde der Umgehung der gesetzlichen Vorschriften Tür und Tor öffnen. Es würden sich sehr bald Landwirte finden, die auch gute Kartoffeln als anfällige ansehen und für sich verwenden. Daher sei zu verlangen, daß die Menge der anfällig gewordenen Kartoffeln angemeldet und befristet werde und nur mit Zustimmung der Behörden zur eigenen Verwendung der Produzenten bleibe.

Präsident der Reichskartoffelstelle Peters: Der Satz von 1 1/2 Pfund pro Kopf der Bevölkerung sei die oberste Grenze. Auch der Erzeuger darf diese Grenze nicht überschreiten. Durch eine neue Verfüzung sei zugelassen worden, daß für Schwerarbeiter bis zu zwei Pfund Kartoffeln gegeben werden kann. Bei der Beurteilung der Tatsache, daß für die Kartoffelproduzenten 1 1/2 Pfund pro Kopf zugelassen sei, müsse berücksichtigt werden, daß diese Leute auch die Kartoffeln zur Streckung des Brotgetreides stellen müssen.

Hierauf trat die Kommission in die Beratung über Fleisch und Fett ein. Dazu lag u. a. ein Antrag des Zentrums vor, einen besonderen Unterausschuß zu bilden zur Untersuchung der Ursachen der hohen Spannung zwischen dem Lebendviehpreis und den Fleischpreisen, sowie zur Untersuchung der Frage, ob die hohen Kommissiongebühren der Viehhandelsverbände nicht herabgesetzt werden können. Diesem Unterausschuß sind alle schriftlichen Unterlagen zu geben.

Abg. Görtz (Soz.) beantragt dazu, daß der Ausschuß auch die Höhe der Fleischpreise untersuchen möge. Mit dieser Erweiterung wurde der Antrag angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß der Unterausschuß sofort an seine Arbeit herantrete und in den allernächsten Tagen Bericht erstatten solle.

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Bato di gab einen Ueberblick über die Verhältnisse in der Versorgung mit Fleisch und Fett. Die Lage sei auch hier zwar ernst, aber es seien bestimmte Vorkehrungen getroffen, daß das unbedingt notwendige für die Bevölkerung beschafft werde. In bezug auf einen Antrag der Konservativen, der die Hauschlachtungen erweitern will, sei zu bemerken, daß es ganz unmöglich sei, mit den Hauschlachtungen noch weiter zu gehen als bisher; im Gegenteil müsse man sagen, daß der jetzige Zustand schon bis an die Grenze des nur irgendwie Zulässigen gehe.

Der Leiter der Reichsfleischstelle Ostertag schilderte eingehend, wie die Reichsleitung sich bemüht habe, unsern Viehbestand zu ergänzen und so die Möglichkeit zu schaffen, daß die Bevölkerung mit dem nötigen Fleisch und Vieh versorgt werde. Wenn auch noch vieles zu wünschen übrig bleibe, so sei doch manches bereits erreicht, und wir könnten der Zukunft noch größere Erfolge entgegensehen. Alles sei geschehen, um auch für die härtere Zeit die nötige Fleischmenge zu haben. Es sei beantragt worden, daß man die Hühner unter die Fleischkarte gestellt habe. Es scheine gegenwärtig nicht möglich zu sein, alle an den Markt kommenden Hühner zu verkaufen; die Reichsleitung habe aber dafür gesorgt, daß die Hühner anzukaufen, eingefroren und für den Winter aufgehoben werden. Die Klagen darüber, daß noch nicht in allen Bezirken die nötige Menge von Fleisch und Fett zur Verteilung komme, seien zurückzuführen auf früherer Schwierigkeiten. Die Reichsleitung gehe planmäßig darauf hinaus, daß die in Aussicht genommene Menge Fleisch, 250 Gramm, und eine möglichst hohe Menge Fett überall verteilt werden. In einem großen Teil des Reiches sei dies bereits durchgeführt, und sehr schnell werde man damit auch in den anderen Orten durchdringen. Die Winterverwaltung sei den Bemühungen der Reichsleitung in jeder Weise entgegengekommen. Große Unzufriedenheit herrsche noch darüber, daß das Schlachtvieh nach Stück und nicht nach Gewicht abgegeben werde; auch dieser Mangel soll beseitigt werden. Ebenso soll versucht werden, die Abfälle in weitestem Maße der Ernährung dienlich zu machen. Auch das Gefrierfleisch habe für uns eine große Bedeutung. Anfangs sei die Bevölkerung sehr mißtrauisch dem Gefrierfleisch gegenüber gewesen; es habe sich aber herausgestellt, daß bei sachgemäßer Behandlung das Fleisch sehr gut sich längere Zeit halte. Ebenso haben die Versuche ergeben, daß aus dem Fleisch preiswerte und ausgezeichnete Wurst zu einem billigen Preise hergestellt werden könne. Nach dem jetzigen Viehbestand seien die Aussichten durchaus günstig. Die Viehpreise werden genau kontrolliert, und so niedrig wie irgend möglich festgesetzt. Auffallend seien die Unterschiede im Fleischpreise. Auch dieses werde genau untersucht und es soll dafür gesorgt werden, daß diese Preise nicht über das notwendige Maß hinausgehen.

Darauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt. Unterstaatssekretär Freiherr v. Stein wies noch darauf hin, daß in der „Deutschen Tageszeitung“ vom Donnerstagabend ein scharfer Angriff auf die Reichsfleischstelle veröffentlicht worden sei. Wenn die in dem Artikel behaupteten Tatsachen richtig wären, würde allerdings auch dem Reichsamt des Innern ein scharfer Vorwurf zu machen sein. Jedoch sei an der ganzen Schuldigung kein wahres Wort; die Behauptungen seien aus den Fingern geblieben. Es handle sich um eine Verleumdung schlimmster Art; daher habe er sich für verpflichtet gehalten, die erste Gelegenheit zu benutzen, um hier im Ausschusse die Sache richtig zu stellen.

Kann ein Dissident Offizier werden?

In Friedenszeiten galt in militärischen Kreisen der Satz: „Nur ein guter Christ kann auch ein guter Soldat sein.“ Im Kriege mußte man „umlernen“, denn es zeigte sich, daß auch jene Soldaten, die keinem christlichen Glaubensbekenntnis angehörten, sich als gute Soldaten erweisen haben. Während des Krieges

sind auch Anhänger politischer Parteien sowohl als auch Juden, die vor dem Kriege alleamt davon ausgeschlossen waren, Offiziere geworden. Wenn es sich auch nur um ganz vereinzelte Fälle handelt, so ist damit doch ein früher streng festgehaltenes Prinzip durchbrochen worden. Um so verwunderlicher ist die Frage, ob ein Dissident Offizier werden kann. Diese Frage ist aber, durch einen ganz bestimmten Fall aktuell geworden. Die Monatschrift „Weltliche Schule“ veröffentlicht nämlich eine Antwort des R i e t g e r s auf eine an ihn ergangene Anfrage. Diese Antwort lautet:

Kriegsminister im Großen Hauptquartier. Nr. 566/15. g. C. U.

Großes Hauptquartier, 29. November 1915. Euer Hochwohlgeboren teilt das Kriegsministerium in Verantwortung des gefälligen Schreibens vom 17. 6. 1915 nach Abschluß der Untersuchung in der Beschwerde des Professors Dr. U. folgendes ergeben mit:

Eine Allerhöchste Kabinettsordre, die die Beförderung von Dissidenten zum Offizier oder Sanitätsoffizier verbietet, besteht nicht.

Sofern die sonstigen Bedingungen erfüllt sind, steht der Beförderung nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalles nichts entgegen, vorausgesetzt, daß der zu Befördernde einer Religionsgemeinschaft angehört, der der Staat seine Anerkennung nicht verweigert.

Dementsprechend sind auch verschiedentlich von meinen Amtsvorgängern, so in der 228. Sitzung am 19. 3. 1909 und in der 32. Sitzung am 10. 2. 1910 im Reichstage Erklärungen abgegeben, daß die Wahl zum Reserveoffizier, wenn die sonstigen dazu vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt sind, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft zu erfolgen hat und erfolgt.

Aber die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft wird verlangt. Dissidenten, sofern sie konfessionslos sind, werden ausgeschlossen.

Da die Söhne des Herrn Professor Dr. U. aus der Landeskirche ausgetreten und ausdrücklich als „konfessionslos“ bezeichnet sind, gehören sie einer Religionsgemeinschaft überhaupt nicht an und kommen demnach für die Wahl zum Offizier oder Sanitätsoffizier nicht in Frage.

Das Kriegsministerium muß an diesem Standpunkt festhalten, da gerade die jetzige ernste Zeit bewiesen hat, wie fest im Volke die Religion wurzelt, und wie sich gerade jetzt manche, deren Verhältnis zu ihrer Religionsgemeinschaft bereits gelockert war, dem Glauben und der Religion wieder zugewandt haben.

An der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft festzuhalten ist auch eine Notwendigkeit, weil sie für den ersatzlichen Einfluß des Offiziers auf die Mannschaften, ihre Belehrung über den Feind und die in ihm beruhenden Pflichten von nicht zu entbehrender Bedeutung ist. Wollte man hiervon absehen, so würde das bei der jetzigen Gestalt des religiösen Gefühls in weiten Kreisen des Volkes auf Mangel an Vertrauens stoßen.

gez. Wld von Hohenborn.

Die nach mehr als einer Richtung hin sehr ansehliche Auffassung dürfte bestimmt im Reichstag bei gegebener Gelegenheit mit erörtert werden.

Aus der Partei.

Einem unerwartet glänzenden Erfolg haben unsere normativen Parteigenossen bei den Kommunalwahlen errungen. Sie gewannen nach der „Frlt. Ztg.“ 457 Sitze. Sobald nähere Mitteilungen vorliegen, kommen wir darauf zurück.

Aus Nah und Fern.

Zur Kartoffelnot. Aus Karlsruhe wird gemeldet: In der hiesigen Sitzung des parlamentarischen Beirates für Ernährungsfragen teilte der Minister des Innern mit, daß Anordnungen an die amtlichen Vorstände im Lande ergangen seien, wenn nötig, unverzüglich zur Enteignung der Kartoffeln zu schreiten. Wenn erforderlich stehen Gendarmen und militärische Hilfe zur Verfügung. — Es ist traurig genug, daß mit solchen Mitteln gegen „patriotische“ Landwirte vorgegangen werden muß.

Explosion. In einer Munitionsfabrik in Kent wurden infolge einer Explosion zwei Arbeiter getötet und zehn ernstlich verwundet. Die Gebäude erlitten Beschädigungen.

Gefahrenes Rettungsboot. Aus Salcombe (Devon) wird telegraphiert: Das hiesige Rettungsboot ist auf der Rückkehr von der Hilfeleistung eines durch den Sturm in Seenot geratenen Schiffes gefahren; von der Besatzung sind 13 ertrunken, zwei wurden gerettet.

Amers Brandunglück. In einer Pulverfabrik in St. Medard (Arrand, Nordsee) entstand im Trockraum ein Brand, der großen Umfang annahm. Dem „Matin“ zufolge wurden 65 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich.

Anzeigen der Zeit. In einer süddeutschen Zeitung fanden sich jüngst folgende Anzeigen:

Enorme Geldquell!

Zur Fabrikation und Ausnutzung einer Erfindung: Automat zur Erkennung der Begabung, Entfaltung des Talents, Veranlagung, Kleidung, Triebe, Sinne usw. werden Kapitalisten gesucht. Der Apparat ist glänzend begutachtet und zweifellos eine Attraktion für Vergnügungslöcher, Volksgärten, Ausstellungen, Schaubuden usw.

Heirat — Ehrenfrage.

Junger, bildhübscher Herr, aus feiner Familie, edlen Charakters, vornehme Erziehung, ehem. Gymnasialist, als Ein-Kriegsretire, bis jetzt beim Militär, nun zum Studium in Lausanne (jedoch ohne jegl. Nachteil), sucht nette, gebildete, unabhängige Dame, nicht älter als 20 Jahre, mit größerem Vermögen, zwecks evtl. Heirat (da Studium nicht mehr jagt) kennen zu lernen.

Der junge bildhübsche Herr mit dem edlen Charakter, der heiraten will, um nicht studieren (und arbeiten) zu müssen, täte doch gut, sich vorher zur gründlichen Erkennung seiner Begabung und zur Entfaltung seines Talents durch den Schaubuden-Automaten unterziehen zu lassen.

Die heimliche Speisefarte. Vom Polizeipräsidium in Frankfurt a. M. wird den dortigen Zeitungen mitgeteilt: „Im Zentral-(Wahlmännler-)Hotel, Theaterplatz, haben Kellner eine heimliche Speisefarte mit drei Fleischgerichten und Preisangabe bei sich getragen und den Gästen zur Auswahl vorgelegt, denen die auf der offiziellen Karte stehenden zwei Speisen nicht zugaben. Der Inhaber Paul Hamdiger verurteilte, die Verantwortung für diese große Ordnungswidrigkeit auf die Kellner abzuschieben, welche selbständig gehandelt hätten, die auf den Zettel vermerkten drei Fleischgerichte sollten nur als Ersatz für ausgegangene Speisen bestimmt sein. Dem Hamdiger ist protokolllarisch eröffnet worden, daß der Wirt allein für den ordnungsmäßigen Betrieb verantwortlich gemacht und daß aus solchen Vorkommnissen auf die Unzuverlässigkeit des Geschäftsführers geschlossen werden müsse.“

Bei weiteren Zuwiderhandlungen gegen die Kriegsgesetze die...
Schließung des Geschäfts mit sich bringen würde. — Es
wäre wünschenswert, daß überall gegen die noch immer vorkom-
menden Missetaten in Restaurants scharf vorgegangen würde.
Die Herren Kriegsgewinnler, die den größten Teil der Kundenschaft
der „besseren“ Wirtschaften ausmachen und in der Regel äußerst
prohaisch auftreten, sind die allerlehten, denen irgend eine Ver-
günstigung gewährt werden kann. Gerade diesem Pack sollten
auch die Schattenseiten des Krieges so hart wie möglich fühlbar
gemacht werden.

Die verurteilten Seefische. Schellfische und Kabeljau,
die heute einen recht unbedeutenden Bestandteil der Volksernäh-
rung bilden, werden jetzt zu Preisen verkauft, die man sich in Fri-
denszeiten auch nicht im entferntesten hat träumen lassen. Während
früher Schellfische für 40 bis 50 Pfennig und Kabeljau für 30 bis
40 Pfennig für das Pfund zu haben waren, muß man jetzt, dazu
noch bei unzulänglicher Zufuhr, Preise ansetzen, die diese Fischearten
fast zu Luxusartikeln machen. Am 7. Oktober betragen zum
Beispiel in Berlin die Kleinhandelspreise für Schellfische für
das Pfund 1,13 Mark bis 1,75 Mark, für Kabeljau 1 Mark bis
1,50 Mark. Schon am nächsten Tage, am 8. Oktober, waren die
Preise für Schellfische 2,00 bis 2,37 Mark und Kabeljau 1,75 bis
2,20 Mark für das Pfund. Man muß damit rechnen, daß noch
weitere Preissteigerungen eintreten werden. Die Fisch-
großhändler und Großhändler erklären die großen Preissteigerun-
gen damit, daß andauernde Stürme und widrige Witterungsver-
hältnisse den Fischfang bedeutend beeinträchtigen. Von gut infor-
mierter Seite werden der „Berl. Volksztg.“ folgende Angaben ge-
macht: Die augenblickliche Fleischknappheit hat eine neue
Industrie hervorgerufen, die die Fabrikation von Fisch-
fleisch, Fischwurst und Fischutter in großem Umfange
ausgenommen hat. Die Aufkäufer dieser Fabriken halten sich stän-
dig an den Fangplätzen für Seefische auf und kaufen jede
Quantität Schellfische und Kabeljau, die nur irgend
zu erhalten ist. Auf den geforderten Preis kommt es
nicht an; es wird jeder Preis bezahlt. Die Fischfleischfabriken
schließen Verträge mit den Fischern ab, die die deutschen Groß-
städte und die Fischgroßhändler empfindlich schädigen. Die Kosten,
die die Fischfleischfabrikanten beziehen, sind so groß, daß sie zu
einer Knappheit auf dem Fischmarkt der Großstädte unbe-
dingt führen müssen. Naturgemäß verlangen die Fischer, die
ihre Ware sofort los werden, auch von ihren ältesten Abnehmern
so hohe Preise, daß die Preissteigerung, die sich in den Richtpreisen
ausdrückt, erklärlich erscheint. Auch die Fischfleischfabrikanten, die
ihre Erzeugnisse zuerst billig anbieten, sind mit ihrer Ware lang-
sam in die Höhe gegangen, so daß das Fleisch heute etwa 2,50
Mark für das Pfund kostet. Da die neue Industrie die Volkser-
nährung empfindlich schädigt, dürfte es an der Zeit sein, daß
das Kriegsernährungsamt eingreift und die Fischfleischfabrikation
bedeutend einschränkt.

Wir sind entzückt... Kürzlich brachten die Pariser Zeitungen
folgendes aufsehenerregendes Telegramm:

Es gibt keine Butter mehr in Berlin!
Am 8. Oktober. Die Butterknappheit in Berlin ist groß.
Jutzett muß für das Kilo Butter 5 Mk. bezahlt werden.

Wir sind wirklich ganz entzückt, schreibt „L'oeuvre“ dazu,
daß diese dreißigen Wochen keine Butter mehr haben; 2., daß
sie trotzdem zu dem unerhörten Preise von 5 Mk. das Kilo
ersterer können. Bei dem jetzigen Kurse der Mark würde das

genau 3,75 Franc entsprechen. Für uns Pariser, die wir unter
6 Franc keine Butter bekommen, ist diese Feststellung in
der Tat erbaulich!

Der kriegswütige Oberbäcker. Der Wiener „Arbeiter-
zeitung“ wird aus Amsterdam geschrieben: Der Londoner
Oberbäcker Herz hat am jüdischen Versöhnungstag eine
patriotische Predigt gehalten, worin er die 25 000 Juden verherr-
lichte, die für England die Waffen ergriffen hätten. Diese Würdi-
gung patriotischer Pflichterfüllung war sicher an Blöße, weniger
aber der ihr folgende Ausfall. Herr Herz erklärte nämlich, der
jüdischen Gemeinschaft drohe eine Gefahr, weil zwei oder drei-
tausend Juden die Befreiung vom Dienste forderten. Dadurch
würde der Eindruck der Opferwilligkeit der Hunderttausende ruf-
süchtigen und der 25 000 englischen Juden in Frage gestellt. Und Herr
Herz zeterte tüchtig gegen jene Jauderer. Die Juden, die der
Rabbiner im Auge hatte, sind nun nicht etwa jene jüdischen Bour-
geois, die lieber dem Moloch das Fett abzapfen, als sich ihm selbst
als Opfer darzubringen, sondern die stillen russischen
Juden in England, die nicht für ihre Peiniger zu Felde ziehen
wollen. Rechtlich denkende englische Christen haben sich für sie ein-
gesetzt, jüdische Streber aber sind ihnen in den Rücken gefallen, so
der Minister Herbert Samuel, dem die „Nation“ dafür auch zur
rechtgläubigen Belehrung der Leviten gelesen hat. Jetzt hat der Ober-
bäcker von der Kanzel der Hege gegen die Opfer des Pogrom-
aren Bestand geleistet. Mut und vornehme Gesinnung zeigt das
gerade nicht. Wenn Seine Ehrwürden wirklich befürchtet, daß der
Patriotismus der Juden verdächtigt werden könnte, könnte er
diese Wirkung durch eine in die Augen fallende Tat verhüten.
Er brauchte sich nur selbst aufs Pferd zu setzen und in den Krieg zu
reiten wie ein Bischof des Mittelalters.

Ein philosophisches Schwein.

Die Welt wird immer schlimmer,
Die Menschen immer dümmer!
Sie sinken täglich mehr im Wert,
Man mehelt sie mit Blei und Schwert,
Lut nutzlos sie verscharren,
Oh, sind die Menschen Narren!
Derweilen steigt das liebe Vieh
Im Preise hoch jetzt, wie noch nie;
Bald sind die Ochsen, Küh und Rülber
Biel wert als die Mehger selber.
Die Schweine sind so selten rar,
Wie es seit Noahs Zeit nie war.
Mit Stolz kann solch ein Vieh sich sagen:
Und wenn ihr mich auch totgeschlagen,
So füll' ich doch im Tode noch
In eurem Magen aus ein Loth;
Ihr aber schlagt euch selber tot
Zu Tausenden ohn' Nutz und Not.
Gefingt es nicht im erstenmal,
So fikt ihr jeden noch einmal,
Und ist mit Müß' er wieder gatz,
Geht's weiter in den Totentanz!
Da sind wir Wieder doch die Bestern,
Wir enden unter Mehgermessern
Zu eurem Nutzen, eurem Frommen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Würmer, die einen Zug zum Stehen bringen.
Ein höchst merkwürdiges Ereignis wurde, wie das „Journal
des Debats“ zu melden weiß, auf der Strecke der russischen trans-
sibirischen Eisenbahn beobachtet. Dort wurde nämlich ein Zug
durch Würmer zum Halten gebracht. Der Stationsvorsteher von
Berskaia telegraphierte nach Tomsk, daß in der ersten Hälfte des
Monats September der ganze Bahndamm auf einer Länge von
mehreren Werst über und über mit sogenannten Erdwürmern be-
deckt war. Millionen dieser Würmer wimmelten auf den Schie-
nen und den Bohlen und bedeckten die ganze Strecke mit einer
hohen beweglichen Schicht. Vor diesem unerwartigen Hindernis
mußte der Zug, der nach dem Ural unterwegs war, haltmachen,
denn die Räder, die aus den Würmern eine feste glückliche Masse
machten, glitten sehr auf den Schienen und kamen darum nicht
vorwärts. Daher mußte man die ganze Strecke vorsichtig mit
Sand bestreuen, und erst dann konnte der Zug in langsamer, vor-
sichtiger Fahrt seine Reise fortsetzen.

Amerikanische Soldatinnen.

Wie das amerikanische Frauenblatt „Momens Journal“ mit-
teilt, dienen und kämpfen zahlreiche Mexikanerinnen im Meer.
In Sonora allein haben sich 2000 Frauen als Freiwillige ge-
melde.

Literarisches.

Die Woche, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Barbus
(Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das
eben erschienene Heft 30 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul
Lensch, M. d. R.: Der Umsturz in der Kriegslage; Wilhelm
Blas, M. d. R.: Harakiri; Wilhelm Jansson: Jureben — oder
Heugabeln? A. Grigorjanz: Aus der deutschen Gewerkschafts-
presse; Ernst Mehlisch: Der Uebergang zur Friedenswirtschaft; Richard
Schiller: Vom „revolutionären Massenwillen“; Erich R. Schmidt:
Stumme Szene; Frigga Brockdorff-Nörder: Das Kleid der Armut;
Gloss.: Die Woche. — Einzelheft 20 Pf., vierteljährlich 2,50
Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten erhältlich.

Verlustlisten.

Gezeichnet sind:
Preussische Verlustliste Nr. 671.
Bayerische Verlustliste Nr. 312.
Sächsische Verlustliste Nr. 349.
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden
wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in
unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gänzlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Diejenigen Kunden, die sich noch nicht in
die neuen Kundenlisten haben eintragen lassen,
werden ersucht, dieses sofort vorzunehmen,
da sie sonst vom Fleischbezug ausge-
schlossen sind.

Freie Fleischer-Innung.
Verein Lübecker Fleischer
und Wurstmacher.

Taschen-Atlas
18 Teilkarten und
2 Übersichtskarten

Taschenuhren
Wanduhren
Weckuhren
Silberwaren
Willi Westfahl.
32 Halsteinstr. 32.
Uhren-Reparatur-Werkstatt.

**Der Friede und
die Internationale**
Von Hingo Poetzsch.
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (5339)
Gr. Auswahl in Wand-
Tisch-, Weck- und
Taschenuhren.
Hermann Voß,
E. rasmacher, Bismarckstr. 71.

Deutsch. Holzarbeiterverbd.
Zahlstelle Lübeck.

General-Versammlung
am Dienstag, dem 31. Oktober 1916
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1916.
2. Wahlen.
3. Berichte.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.
Die Lokalverwaltung.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.
Achtung Mitglieder!
Nach der Bekanntmachung des Polizeiamts
vom 25. Oktober sollen für die Verteilung der
von dem Kommunalverband Lübeck verausgabten
Lebensmittel feste Kundenlisten eingeführt werden.
Demzufolge können wir derartige Waren nur
dann an unsere Mitglieder verabfolgen, wenn sie
sich bei uns in die Kundenliste eintragen lassen.

Die Anmeldungen auf die Kundenlisten werden
während der Zeit von Sonnabend, den 28. Ok-
tober, bis Mittwoch, den 1. November, in sämt-
lichen unserer in Lübeck und eingemeindeten
Orten belegenen Warenabgabestellen entgegen-
genommen. Um für später von der Lieferung
dieser Waren nicht ausgeschlossen zu sein, er-
suchen wir unsere Mitglieder dringend, sich
rechtzeitig zur Kundenliste anzumelden. Die
neu verausgabten Lebensmittelbücher sind hierzu
vorzulegen.
Der Vorstand.

Knochenverkauf.
Dienstag, d. 31. Oktober 1916
Vr. 15 101-15 300 v. 10-12 U. vorm.
Vr. 15 501-15 500 v. 2-4 Uhr nachm.
Vr. 15 501-15 500 v. 4-6 Uhr nachm.
5326 Paul Lohrmann.

Achtung!
Sozialdemokratischer Verein
für Stadsbürg u. Umgeg.
Mitglieder-Versammlg.
am Dienstag, d. 31. Oktober,
abends 9 1/2 Uhr
im Lokal des Herrn L. Paetz
Johannisstr.
Die Tagesordnung wird in
der Versammlung bekannt ge-
geben.
Um bei Erreichen der Ge-
wesenheit und Gewissen wird
dringend ersucht.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Abends 8 Uhr: 5359
Enormer Erfolg!!
Die Nachtigall aus
dem Bäcker gang.
Vorvk. Zieg. Sager, Kohlmarkt
u. Theaterkasse 10-1 u. ab 6 Uhr.

Stadttheater.
Dienstag, den 31. Oktbr. 1916
Die Csárdásfürstin
Operette von E. Kálmán.
Mittwoch, d. 1. November 1916
Zum letzten Male:
Die Warschauer Zitadelle
Ein Schauspiel v. Gabryella
Zapolska.
Donnerstag, d. 2. Novbr. 1916
Mona Lisa.
Oper von Max Schillings.
Anfang der Vorstellungen
8 Uhr.

Gesalzene Heringe
allerfeinste Ware.
Verkauf ab Dienstag in meinen
Detailgeschäften.
Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik
August Scheere.
5355

Montag, den 30. Oktober
1/9 Uhr abends:
Öffentliche Volksversammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Vortrag
des Herrn Sanitätsrat Dr. C. Strecker
aus Waren:
Heutige Ernährungsfragen.
Hausfrauenverein für Lübeck und Umgegend. —
Katholisches Kreuzbündnis, Ortsgruppe Lübeck. —
Landesausschuß zur Aufklärung über Volkser-
nährung im Kriege. — Lübecker Konsumenten-
vereinigung. — Nationaler Frauendienst (18 Ver-
eine). — Verband Lübecker Abstinenz-Vereini-
gungen (5 Vereine). 5361

Deutscher Transportarbeiter-Verband
In der am 29. Oktober stattgefundenen Ziehung wurden
folgende Losnummern gezogen:

4	8	39	48	49	59	82	95	97	103	114	198
290	318	326	327	347	373	397	453	462	499	559	574
605	630	648	669	680	700	715	759	783	801	818	820
824	831	847	852	854	879	884	900	920	931	1041	1056
1057	1064	1114	1123	1191	1202	1206	1220	1259	1345	1358	1362
1530	1604	1650	1683	1692	1747	1793	1835	1837	1909	1916	1925
1941	1968	2004	2060	2120	2156	2159	2160	2199	2223	2250	2275
2304	2307	2338	2416	2428	2452	2484	2507	2574	2589	2671	2686
2691	2770	2781	2799	2836	2848	2878	2885	2895	2927	2968	2991
3012	3014	3021	3080	3178	3182	3190	3211	3221	3239	3261	3270
3301	3336	3339	3366	3389	3411	3416	3435	3448	3449	3453	3459
3522	3539	3584	3607	3614	3785	3789	3752	3753	3780	3834	3845
3901	3928	3952	3979	4000	4030	4076	4089	4114	4115	4126	4127
4136	4208	4257	4274	4363	4365	4380	4564	4571	4609	4620	4643
4711	4750	4751	4761	4784	4808	4844	4878	4885	4886	4920	4930
4965	4977	4979	4987	5003	5054	5105	5120	5154	5185	5259	5273
5360	5372	5386	5388	5417	5437	5470	5489	5497	5527	5554	5554
5575	5612	5631	5646	5649	5678	5706	5713	5717	5742	5748	5760
5763	5774	5780	5795	5825	5828	5847	5854	5895			

Die Gewinne werden am Dienstag und Mittwoch dieser
Woche abends von 8—10 Uhr im Gewerkschaftshaus verabfolgt.
Es zum 1. Dezember d. Js. nicht abgeholte Gewinne verfallen
der Unterstützungskasse.
Der Vorstand.